

## **SVP findet überraschende Verbündete im Kampf gegen die EU-Verträge**

Die Bundeshausfraktion hat sich am Wochenende intensiv mit dem neuen Vertragspaket befasst. Sie lehnt es nach wie vor ab. Gleichzeitig fordert die SVP Zug eine Standesinitiative für ein Ständemehr.

[Christina Neuhaus](#)

12.04.2026, 09.02 Uhr

3 Leseminuten



### **Ein Helikopter der Air Zermatt fliegt im Mai 2025 über das zerstörte Blatten.**

Jean-Christophe Bott / Keystone

Vor fünf Jahren, mitten in der Pandemie, organisierte der SVP-Fraktionschef in Obwalden eine zweitägige Veranstaltung zum Thema: das geplante Rahmenabkommen mit der EU. Geladen waren Gewerkschafter, Juristen, Vertreter der Strombranche, Historiker. Das gesammelte Wissen wurde fein säuberlich in einem Dossier abgeheftet. Eine Argumentationsanleitung für die ganze Fraktion. Wenig später war das Rahmenabkommen Geschichte. Der Bundesrat hatte gemerkt, dass es nicht mehrheitsfähig war, und brach die Verhandlungen mit der EU ab.

An diesem Wochenende hat die SVP die damalige Übung wiederholt. Wieder befasste sie sich ein Wochenende lang mit den Auswirkungen eines Vertragswerks mit der EU, dieses Mal in Emmetten im Kanton Nidwalden. Nach der Beratung der neu ausgehandelten Verträge zieht sie dasselbe Fazit wie vor fünf Jahren: «Die Schweiz hat nur Nachteile, wenn sie sich an das EU-Recht und die ganze EU-Bürokratie kettet.»

Das ist keine Überraschung. Die SVP lehnte die neuen Verträge mit der EU schon ab, bevor sie ausgehandelt waren. Dennoch befasst sich die Volkspartei so intensiv mit den Auswirkungen der institutionellen Anbindung wie keine andere Partei. Die Liste der Experten, die am Freitag und Samstag in Emmetten auftraten, liest sich wie ein Who is Who der Branchen- und Verbandsvertreter.

Viele Argumente, die an der Tagung vorgebracht wurden, sind bekannt. Doch weil die Teilnehmerliste so gross war, geben die Diskussionen in Emmetten einen Vorgeschmack auf jene im Parlament.

### **Helikopterindustrie «mit Regulierungen überzogen»**

So übt Martin Rufer, der Direktor des Schweizer Bauernverbandes, Kritik am EU-Lebensmittelabkommen. Das Mitspracherecht der Schweiz sei hier nicht ausreichend, sagte er. Ein übertriebener Swiss Finish in einigen Bereichen jedoch schmälere wiederum den Nutzen. Seine Forderung an das eidgenössische Parlament: nachbessern! Der Bauernverband hat sich noch nicht entschieden, ob er die neuen Verträge zur Annahme empfiehlt. Er will sich erst nach der parlamentarischen Debatte festlegen.

Noch kritischer äusserte sich Hansruedi Amrhein, Vorstandsmitglied der Swiss Helicopter Association. Sein Fazit zur dynamischen Rechtsübernahme im Bereich der Fliegerei: mehr Bürokratie, weniger Sicherheit. Die Helikopterbranche ziehe nach über einem Jahrzehnt Erfahrung mit den Regulierungen der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (Easa) «eine alarmierende Bilanz», sagt er. Die EU habe sich zu einer «bürokratischen Lawine» entwickelt, die nun die Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) massiv bedrohe. Die Helikopterindustrie sei mit weit über 10 000 Seiten komplizierter Regulierungen überzogen worden – worunter die Sicherheit gelitten habe.

«Im Vergleich zu der Zeit vor den europäischen Vorschriften befinden wir uns heute auf einem deutlich tieferen Sicherheitsniveau», sagt Amrhein. «Die Europäische Agentur für Flugsicherheit ist derzeit nicht in der Lage, zu beurteilen, ob dieses übermässige Regelwerk tatsächlich Wirkung zeigt. Die Easa ist im Blindflug, denn die Wirkung kann nicht gemessen werden.»

### **«Kapitulation vor EU-Recht auf Kosten unserer KMU»**

Negative Auswirkungen auf die eigene Branche befürchten auch die Drogisten. Laut Jürg Stahl, dem Zentralpräsidenten des Schweizerischen Drogistenverbandes, gefährdet das neue EU-Lebensmittelabkommen den ganzen Berufszweig. «Die Drogerie ist eine Schweizer Erfindung», sagte er. «Es gibt sie in dieser Form nirgendwo sonst in Europa. Dass EU-Konzernregeln 1:1 auf Schweizer KMU angewendet werden, ist absurd.»

Schweizer Drogistinnen und Drogisten dürfen Arzneimittel heute in Eigenverantwortung herstellen. Mit den neuen Verträgen wäre dies aber nur noch möglich, wenn ein externer Spezialist mit Hochschulabschluss die Produktion für unbedenklich befundet und die entsprechende Informationsdatei unterzeichnet. Dafür müssten die Drogisten bis zu 1200 Franken Gebühren zahlen. «Das», sagt der Geschäftsführer des Drogistenverbands Andreas Ullius, «ist keine risikobasierte Regulierung, das ist Kapitulation vor EU-Recht auf Kosten unserer KMU.»

Nach dem Austausch mit den Bauern, den Drogisten und den Helikopterpiloten steht für die SVP fest, dass der Bundesrat die kritischen Rückmeldungen im Rahmen der Vernehmlassung zu wenig berücksichtigt hat. Sie setzt deshalb alles daran, dass die Verträge mit der EU spätestens an der Urne scheitern. Deshalb setzt sie sich auch für ein Referendum mit Ständemehr ein. Die

Kantonalpartei Zug hat bereits eine Motion eingereicht, in der eine entsprechende Standesinitiative gefordert wird.